

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/135

19. Juli 1977

Keine neuen Perspektiven

Geisslers "Internationale" stiftet nur Verwirrung

Von Wilhelm Dröschner
SPD-Schatzmeister und Präsident des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Seite 1 / 42 Zeilen

Eine zu starre Haltung wäre töricht

Zum Abschluß der 6. Session der 3. UN-Seerechtskonferenz in New York

Von Horst Grunenberg MdB
Seerechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Steht Bourguiba für die Freiheit ?

Ein Prozeß, der nie wieder aufgenommen werden sollte

Von Dr. Erhard Eppler
Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 4 und 5 / 43 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 130 400
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 00 38/39
Telex: 08 00 840-40 pppn d.

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Keine neuen Perspektiven

Geisslers "Internationale" stiftet nur Verwirrung

Von Wilhelm Dröschner

SPD-Schatzmeister und Präsident des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien
in der Europäischen Gemeinschaft

Wenn Konkurrenz das Geschäft hebt, dann müssen die Geschäfte der christdemokratischen und konservativen Parteien auf internationaler Ebene gut gehen. In Europa wetteifern schon bisher die Parteien des rechten Spektrums in der "Europäischen Volkspartei" und in der "Europäischen Demokratischen Union". Im grösseren Maßstab versuchte sich die "Weltunion Christlicher Demokraten". Jetzt haben CDU-Generalsekretär Geissler und die Democrazia Cristiana verabredet, zusätzlich eine "Christlich Demokratische Internationale" aus der Taufe zu heben.

Nicht nur auf die Reaktionen aus Bayern und anderswo darf man gespannt sein, auch die Geissler'sche Begründung verdient Beachtung: Seine Internationale soll, so sagt er, den "Verfallserscheinungen" einerseits des Kommunismus, andererseits aber auch des "Kapitalismus ohne soziale Bindung" entgegenwirken. Das ist zwar kein originäres Vorhaben - um einen solchen "dritten Weg" bemühen sich die Sozialdemokraten auf internationaler Ebene seit Jahren -, aber aus dem Mund eines deutschen Christdemokraten ist das neu.

Die Aussage des CDU-Generalsekretärs ist unter zwei Aspekten interessant: Verfallserscheinungen des Kommunismus - heißt das, er ist zu der Erkenntnis gekommen, daß die Aufteilung der kommunistischen Welt in zwei Zentren (Moskau und Peking) verfällt und neue Entwicklungen beispielsweise in Rom, Madrid oder Paris eine neue Politik gegenüber diesen Parteien erfordern? Die Tatsache, daß Geisslers italienische Partner eine solche Politik bereits praktizieren und die KP Italiens faktisch in die Regierungsverantwortung einbezogen haben, legt diesen Schluß nahe.

Auf der anderen Seite überrascht Geisslers und der italienischen Christdemokraten Selbstkritik an ihrer eigenen Politik, die bislang die Ausbreitung eines bindungslosen Kapitalismus und die schrankenlose Entfaltung der Wirtschaft als Selbstzweck begünstigt hat. Nur - wie vertragen sich solche Äußerungen mit dem aus Bayern vorgegebenen Kurs der deutschen Unionsparteien?

Geissler wird seinen "Freunden" noch viel zu erklären haben. Am Ende könnte sich ergeben, daß der "Geissler-Internationale" das Schicksal eines deutsch-italienischen Ungeheuers von Loch Ness bestimmt ist, nämlich im nachrichtenarmen "Sommerloch" die Spalten der Zeitungen zu füllen.

In jedem Fall hat Geissler das bislang intakte Feindbild in seinen eigenen Reihen kräftig durcheinandergewirbelt. Wie will er weiter am schwarz-roten Feindgemälde "Freiheit oder/statt..." malen, wenn er sich selbst - wenn auch sicher in Nuancen unterschiedlich - für einen "dritten Weg" ausspricht - und das noch in enger Zusammenarbeit ausgerechnet mit Italiens Christdemokraten, die noch bis gestern, wenn man den Worten von Strauß, Dregger und sogar von von Hassel glauben darf, wegen ihrer Zusammenarbeit mit Kommunisten von der christlich-demokratischen Exkommunizierung bedroht waren?

Bisher jedenfalls, so scheint es, bringt die "Geissler-Internationale" keine neuen Perspektiven, sondern nur Verwirrung in die eigenen Reihen der Christdemokraten.
(-19.7.1977/vo-he/

Eine zu starre Haltung wäre töricht

Zum Abschluß der 6. Session der 3. UN-Seerechtskonferenz in New York

Von Horst Grunenberg MdB

Seerechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Pünktlich wie vorgesehen ging die 6. Session der 3. UN-Seerechtskonferenz in New York am 15. Juli 1977 zu Ende. Wer geglaubt hat, daß nach dieser achtwöchigen Marathonsitzung ein abstimmungsreifes Verhandlungspaket auf dem Tisch liegt, hat den Konferenzablauf nicht begriffen. Zu weit lagen die unterschiedlichen Interessen der einzelnen Nationen, der Blöcke und Gruppierungen auseinander.

Diese Interessen auf dem Konsenswege unter einen Hut zu bringen, führten in den vergangenen Sessions vom "informellen einfachen Verhandlungstext" über den "revidierten Verhandlungstext" zum neuen "konkret abgefaßten informellen Verhandlungstext". Über alle Texte wurde bisher nie abgestimmt. Der Konferenzpräsident und die Vorsitzenden der Ausschüsse versuchen nach Abschluß der Marathonsession die Vielzahl der unterschiedlichen Standpunkte in Texte zu fassen, die für alle Beteiligten seitens Idealvorstellungen darstellen, sondern Kompromisse sind.

Der neue, ICNT genannte Verhandlungstext - wegen des Stromausfalls in New York wird er den Delegationen nachgeschickt - muß sorgfältig in allen Variationen darauf geprüft werden, ob man damit zukünftig wirtschaftlich und politisch leben können. Ein riesiger Fehler wäre es, alles mit dem Maßstab bisheriger oder althergebrachter juristischer oder wirtschaftlicher Positionen zu messen und zur Grundlage für die nächste Verhandlungsrunde zu machen. Es steht jedenfalls heute schon fest, daß Streitpunkte der 1. und 2. Seerechtskonferenz, über die man sich damals nicht einigen konnte, heute bereits noch vor Abschluß der 3. Seerechtskonferenz durch die normative Kraft des Faktischen teilweise gegenstandslos geworden sind.

Ein besonderes Augenmerk muß auf die zukünftige Nutzungsordnung des Tiefseebodens außerhalb nationaler Jurisdiktionen gerichtet werden. Die Vorstellung der Entwicklungsländer (Gruppe der 77), für diesen Teil der Nutzung der Ozeane eine internationale Meeresbodenbehörde mit weitreichenden dirigistischen und protektionistischen Kompetenzen einzurichten, birgt zumindest den Keim einer Institutionalisierung dessen, was heute noch sehr verschwommen als Weltwirtschaftsordnung diskutiert wird.

Die Verhandlungsposition der Bundesrepublik hat sich in einzelnen Punkten gebessert. Gab es aber bisher häufige Übereinstimmungen mit den

USA bezüglich des Tiefseebergbaus, so scheinen die USA mit dem Wechsel des Präsidenten und damit verbunden dem kompletten personellen Austausch ihrer Delegation - an der jetzigen Spitze Carters Sonderbeauftragter, L.J. Richardson - ihre Prioritäten von der Nutzungsordnung der Tiefsee zu anderen wichtigen Positionen zu verlagern, wie:

- Hohe See-Freiheiten für die Schifffahrt in den 200-Seemeilen-Wirtschaftszonen;
- die ungehinderte Durchfahrt durch Meerengen;
- die maximale Freiheit der wissenschaftlichen Forschung;
- den Meeresumweltschutz;
- die Begrenzung des Festlandssockels (outer edge) und die
- Etablierung eines umfassenden Streitschlichtungsmechanismus,

um die wesentlichsten Punkte zu nennen.

Es muß sich in den nächsten Wochen und Monaten zeigen, wie stark die Gruppe der Abgeordneten im US-Kongress ist, die ein nationales Interimgesetz für den Tiefseebergbau vorantreiben will.

Die Abkehr der Sowjetunion von der bisherigen Haltung der Industrieländer hinsichtlich des Tiefseebergbaus und die Zuwendung zum Standpunkt der "Gruppe der 77" hat ebenfalls eine Kräfteverschiebung mit sich gebracht.

Der Deutsche Bundestag hat mit seiner interfraktionellen EntschlieÙung zur Seerechtskonferenz vom 22. Juni 1977 richtig gehandelt, wenn er wie im letzten Absatz ausdrückt: "... unverzüglich prüfen (wird), ob ... Alternativ- oder Interimslösungen getroffen werden müssen..."

Bis zur nächsten offiziellen Verhandlungsrunde werden noch eine Vielzahl von Gesprächen auf allen Ebenen von Politik und Wirtschaft zu führen sein, auch mit Vertretern anderer Nationen, um in den kommenden Verhandlungen flexibel reagieren zu können. Eine zu starre Haltung unsererseits mit dem Risiko eines Scheiterns der Konferenz nach dem Motto: "Viel Feind', viel Ehr'", wäre töricht. "If you can't beat 'em, join 'em!" ist der richtige Weg.
(-/19.7.1977/va-he/lo)

+ + +

Steht Bourguiba für die Freiheit? -----

Ein Prozeß, der nie wieder aufgenommen werden sollte

Von Dr. Erhard Eppler
Mitglied des SPD-Präsidiums

Ende Juni ist in Tunis ein Prozeß vertagt worden, den es besser nie gegeben hätte. Sollte es stimmen, daß dies "auf unbestimmte Zeit" geschah, so besteht die Hoffnung, daß in Tunesien darüber nachgedacht wird, ob dieser Prozeß mit all seinen Nebenerscheinungen dieses Landes würdig ist und ob er nicht geeignet ist, Tunesien bei seinen Freunden in Mißkredit zu bringen.

Was ist geschehen? Vor dem Gericht für Staatssicherheit wurden 33 Mitglieder oder Sympathisanten des "Mouvement d'Unité Populaire" angeklagt - in Abwesenheit auch Ben Salah, den Präsidenten Bourguiba 1969 plötzlich als Superminister abgesetzt, 1970 zu zehn Jahren Zwangsarbeit hatte verurteilen lassen und der 1973 aus dem Gefängnis geflohen war.

Vorgeworfen wird der Gruppe:

Versuchter Angriff auf die Staatssicherheit (worauf die Todesstrafe steht),
Angriff auf die Würde des Staatspräsidenten,
Verbreitung falscher Nachrichten,
Besitz und Verbreitung von Flugblättern mit politischem Inhalt,
Bildung einer unerlaubten Vereinigung.

Die mehr als fragwürdige Art, wie dieser Prozeß bislang geführt wurde, konnte nicht darüber hinwegtäuschen: Was den Angeklagten vorgeworfen wird, wäre in jedem demokratischen Staat westlicher Prägung Gegenstand politischer Auseinandersetzung, nicht eines Prozesses. Natürlich hat die tunesische Regierung das Recht, sich über das Fünf-Punkte-Programm der Ben-Salah-Gruppe zu ärgern, das Recht, sich zu wehren. Wer die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Abschaffung der Folter, freie Parlamentswahlen, eine Verfassungsreform und sogar freie Präsidentschaftswahlen verlangt, muß mit dem Widerstand derer

rechnen, die dadurch ihre Macht gefährdet sehen. Aber Widerstand in Form eines Strafprozesses?

Wenn die Angeklagten vor Gericht über die verschiedenen Methoden der Folter berichten, der sie unterworfen waren, geht der Gerichtspräsident gar nicht darauf ein, es sei denn, er droht mit neuer Strafverfolgung wegen Verbreitung falscher Nachrichten. Grundsätzliche Äußerungen über Freiheitsrechte - und darum geht es schließlich auch dem inkriminierten Fünf-Punkte-Programm - werden abgewimmelt, weil sie angeblich nicht zum Prozeß gehören.

Die Angeklagten bekennen sich zu einem demokratischen Sozialismus. Nach meinem Wissensstand gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln. Ben Salah hat unter den demokratischen Sozialisten Westeuropas mehr Freunde, als den tunesischen Behörden lieb sein mag. Diese Freunde möchten nicht die Gegner des tunesischen Präsidenten werden.

Im Juli 1973 bat mich Willy Brandt, nach Tunis zu reisen und Präsident Bourguiba die Wünsche der Bundesregierung und der SPD zu seinem 70. Geburtstag zu überbringen. Ich habe dies gern getan. Der Mann, der Tunesien in die Freiheit von kolonialer Herrschaft führte, hat Ehre verdient. Es wäre verhängnisvoll, wenn er nun, als alter, gereifter Staatsmann, andern die Freiheit vorenthalten sollte, um die er selbst gestritten hat.

(-/19.7.1977/bqy/ca)

+ + +

Berichtigung

In dem Beitrag von Dr. Renate Lepsius "Auskünfte über den Versorgungsausgleich" (SPD-Pressedienst vom 14. Juli 1977) muß es richtig im vierten Absatz heißen: "Sicherlich kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Möglichkeit zu Vereinbarungen über den Versorgungsausgleich unausgewogene und unwirtschaftliche Regelungen verhindern kann, aber es kann eben auch nicht ausgeschlossen werden, daß durch die freie Disposition voreilig unter dem Druck eines Ehescheidungsverfahrens auf Versorgungsansprüche verzichtet wird..."